

Flüchtlingspolitik aus Landes- und Kommunalsicht

Dr. Karl Bronke, Freie Hansestadt Bremen



Die Senatorin für Soziales,
Jugend, Frauen, Integration
und Sport

 Freie
Hansestadt
Bremen

Hintergrund

- **Kleinstes Bundesland mit 660.000 Einwohnern**
- **Bremen 550.000, Bremerhaven 110.000**
- **Weltoffene Handelsstadt mit jahrhundertealter Geschichte**
- **Viel Reichtum, viel Armut**
- **Öffentliche Haushalte notleidend**
- **Zuwanderung hat Tradition**



Flüchtlingspolitik in Bremen

- Aufnahme im Land: 0,94% des Bundeszugangs
- Erstaufnahmeeinrichtung und Zentrale Aufnahmestelle ZASt in Bremen
- Weiterverteilung von 20% nach Bremerhaven
- Die weitere Aufnahme, Unterbringung und Integration der Flüchtlinge ist kommunale Aufgabe

Bremen



Flüchtlingspolitik in Bremen

Grundsätze

- Möglichst frühzeitige umfassende Integration
- Aufenthalt in Übergangsheimen mind. 3 Monate
- Danach baldmöglichst Vermittlung in Wohnraum
- Schulische Vorkurse von Beginn an
- Sprachkurse durch die Volkshochschule
- Zugang zu Gesundheitsversorgung
- Förderung der Stadtteilintegration



Konzept Übergangswohnheime

- 120 – 240 Personen als Richtgröße
- Betreuung durch Wohlfahrtsverbände
Nachtdienst durch geprüften Sicherheitsdienst
- Herrichtung von geeigneten Bestandsgebäuden
oder Neuerrichtung in
Containerbauweise
- 25 Standorte,
stadtteilintegriert



Konzept Wohnraumvermittlung

- Die Kosten der Wohnung sollen im Rahmen der Obergrenzen von SGB II und XII liegen
- Wohnung und Flüchtlingsfamilie müssen passen
- In allen Übergangwohnheimen gibt es spezielle Wohnungsberater
- Die Vermittlung erfolgt durch eine zentrale Vermittlungsstelle
- Mit Gesellschaften sind feste Kontingente vereinbart



Konzept Wohnraumvermittlung

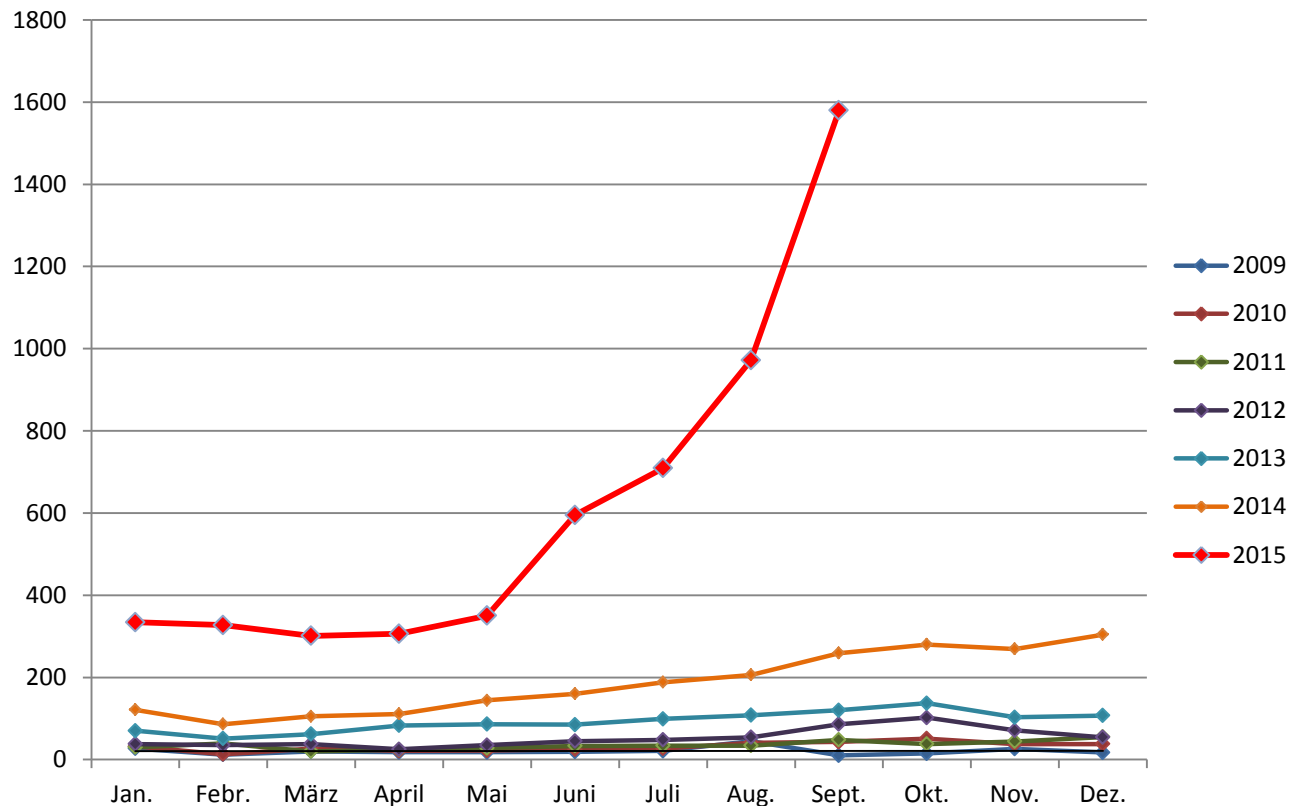
Entwicklung der Vermittlungen 2012 – 2015

Statistik Bezug einer eigenen. Wohnung				
Monat	2012	2013	2014	2015
Januar	15	23	42	107
Februar	26	26	87	108
März	17	20	69	163
April	21	19	67	130
Mai	11	27	82	166
Juni	27	27	87	164
Juli	16	23	66	143
August	23	51	71	133
September	14	57	111	157
Oktober	40	39	121	
November	12	56	104	
Dezember	22	50	59	
Gesamt	244	418	966	1.271



Veränderung ab Sommer 2015

- Starke Zunahme der Zugänge



Veränderung ab Sommer 2015

Schnell verfügbare Notlösungen erforderlich:

- 800 Plätze in Notunterkünften wie Messehallen, Jugendherbergen, einfachen Hotels
- 1.200 Plätze in Zelten
- 1.000 Plätze in Turnhallen
- Daneben verdichtete Belegung in den derzeit 25 Übergangwohnheimen

Da Fachkräfte zur Betreuung fehlen, hilft die Bundeswehr.



Veränderung ab Sommer 2015

- Notunterkünfte, vor allem aber Zelte und Turnhallen sind keine Dauerlösung:
 - zu viele Menschen auf engem Raum
 - keine Privatsphäre
 - keine Selbstversorgung
 - schwierige Lebensumstände.
- Ein zeitlich begrenzter Aufenthalt erschwert die lokale Integration.
- Geholfen haben zahlreiche Stadtteilaktivitäten!



Wohnbedarfe für Flüchtlinge

Welche dauerhaften Wohnbedarfe werden aus den Flüchtlingszahlen entstehen?

- Vereinfachte Rechnung für die Stadt Bremen:
 - Monatszugang 1.000 (aktuell 1.200)
 - Jahreszugang 12.000
 - Rückkehr, Rückführung 25%, bleiben 9.000
 - Familiennachzug bei 20% (2 Pers., 3.600) 12.600
 - Vermittlung in Bestandswohnungen Ziel 2.400
 - Wohnungsgröße in Syrien Schnitt 2,9
ergibt einen Bedarf an 3.500 WE p.a.



Wohnbedarfe für Flüchtlinge

- Die Wohnbedarfe können auf unterschiedliche Weise befriedigt werden:
 - Durch den allgemeinen Wohnungsmarkt, der durch Neubau insgesamt aufnahmefähig bleibt
 - Durch spezielle Wohnanlagen in serieller Bauweise mit einer Lebensdauer von 10-15 J.
 - Durch Containerdörfer mit einer Lebensdauer von 5-10 Jahren.



Wohnbedarfe für Flüchtlinge

- Da die Zuwanderung nicht kalkulierbar ist, müssen „atmende“ Modelle entwickelt werden.
- Durch die Staffelung der Nutzungsdauern kann ein eventueller Rückgang durch Rückwanderung aufgefangen werden.
- Die Lösungen sollten auch innen in der Nutzung flexibel sein.
- Für unerwartete Zugänge sind schnelle Lösungen unverzichtbar.



Die Perspektive

- Bund und Länder müssen unter Einbeziehung der EU die Zuwanderung verlässlicher machen.
- Wir müssen unsere gesamte Infrastruktur auf Wachstum einstellen.
- Es sollte möglichst wenig „Sonderlösungen“ geben.
- Die Wohnbedarfe verlangen variable Lösungen auf verschiedenen Wegen.
- Integration wird ein jahrelanger Prozess.



Zuwanderung: Herausforderung für uns alle!

Ich freue mich
auf Fragen und
Anregungen!

